

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Lindenstr. 37, 4 1/2 Sgr. Inskripte die Zeile 2 Sgr.

Erinnert Euch des Programms der deutschen Fortschrittspartei in Preußen!

Jahre lang haben wir uns darüber beschwert, daß in unserem Staate alles gesunde Leben schlafen zu gehen scheine. Wo wir vorwärts gehen sollten, da, so hieß es, stehen wir still oder gehen gar rückwärts. Da ist nun in diesem Sommer plötzlich der gewaltige Stoß gekommen, der in unserem Verhältnis zu Deutschland und zu dem ganzen übrigen Europa uns rascher und weiter vorwärts getrieben hat, als wir irgend erwarten konnten. Man hätte aber denken sollen, daß nun auch alle frischen Kräfte im Volke sich regen, daß wir nun auch in allen inneren Verhältnissen muthig vorwärts schreiten, und die Regierung rastlos vorwärts treiben würden.

Wir hatten gemeint, es würde jeder im Volke begreifen, daß die mit so unendlichem Jubel begrüßte äußere Vergrößerung der preussischen Macht gar bald zum Ungehen werden und in die trostloseste Ohnmacht umschlagen müsse, wenn dieser Staat nicht in seiner inneren Ordnung, in seiner inneren Verwaltung und Gesetzgebung zu neuem Leben sich aufraffe.

Seider nehmen wir von solcher Regsamkeit in der Regierung wenig und in gar vielen Kreisen des Volkes, auch unter sonst freisinnigen Männern, noch weniger wahr. Und doch sind der Mängel so viele und so schwere, denen um ihrer selbst und um unseres eigenen Besten willen zu jeder Zeit abgeholfen werden müßte, auch wenn wir mit der ganzen Welt im tiefsten Frieden lebten. Aber wir leben mit der Welt außerhalb Preussens ganz und gar nicht im Frieden. Nicht bloß die abgelebten und die in den norddeutschen Bund hineingezwungenen oder vor der preussischen Uebermacht zitternden Fürsten in dem Umfange des ehemaligen deutschen Bundes warten mit ihren Schildträgern auf den Augenblick, wo sie sich an uns rächen können. Auch die Franzosen rüsten sich, um mit diesen Fürsten und mit den Oesterreichern vereint über uns herzufallen, sobald sie nur erst stark genug und wir nach ihrer Meinung wieder schwach genug geworden sind. Und schwach

genug werden wir werden, wenn nicht vieles in unserem Staate geändert wird. Denn was kann ein Volk und einen Staat mehr schwächen, als wenn Ackerbau, Gewerbe und Handel immerzu in den Banden veralteter Gesetze eingeengt bleiben, wenn die Verwaltung von Kreis und Gemeinde immer auf den alten, längst ausgefahrenen Wegen dahin geht, wenn in manchen Kreisen ein konservativer Dünkel mehr gilt, als die effenkundige Tüchtigkeit eines ehrlichen Mannes?

Wir sprechen dabei nicht einmal von Uebeln, die etwa im März 1862 mit dem konservativen Ministerium ins Land eingezogen wären. Wir reden vielmehr von viel, viel älteren Gebrechen; wir reden von solchen Schäden, die auch das liberale Ministerium von 1858 während einer mehr als dreißigjährigen Regierung nicht einmal zur Hälfte und theilweise gar nicht hatte beseitigen können. Gerade weil die altliberalen Minister, wie der Fürst von Hohenzollern, wie Graf Schwerin, und der seitdem verstorbene Herr v. Auerswald, nicht die Kraft hatten, um ihre guten Absichten durchzusetzen, gerade darum trat schon am 9. Juni 1861 eine Anzahl freisinniger Männer zusammen und entwarfen ein Programm, das auch heute noch das Programm der deutschen Fortschrittspartei in Preußen ist und an dem, wie wir überzeugt sind, jeder wirklich freisinnige Mann festhalten wird, bis alle Forderungen desselben bis auf das letzte Titelchen erfüllt sind.

Nach diesem Programm soll die staatliche oder, wie man sonst auch sagte, die weltliche Obrigkeit sich streng auf dem Gebiete halten, das ihr von Rechtswegen zukommt; aber sie soll auch nicht dulden, daß irgend eine andere Macht innerhalb des Landes in das staatliche Gebiet hineindringe. Die staatliche Obrigkeit, ebenso wie die kirchliche, eine jede soll thun, was ihres Amtes ist, nicht mehr und nicht weniger. Darum fordert das Programm „die Trennung des Staates von der Kirche.“ Der Staat soll nicht das Glaubensbekenntniß seiner Bürger prüfen, sondern soll, so heißt es im Programm, dem Art. 12 der Verfassung gemäß, die Gleichberechtigung aller Religionsgesellschaften mit allem Nach-

druck wahrhen. Auch soll er den Unterricht in der Religionslehre den kirchlichen Gemeinschaften anheimstellen. Aber auch ihrer Seite soll die kirchliche Gewalt den Unterricht in weltlichen Kenntnissen und Fertigkeiten der Aufsicht und Leitung des Staates überlassen. Ferner soll der Staat die kirchliche Erziehung nicht hindern; aber die kirchliche Obrigkeit soll auch nicht verlangen, daß der Staat eine Ehe nur mit ihrer Erlaubnis zulasse. Darum soll endlich, so fordert das Programm, der Art. 19 der Verfassung ausgeführt, „*den kirchlichen Behörden die freie Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten zu überlassen*“ werden.

Ferner soll der preussische Staat aus dem ihm zustehenden Gebiete sich so einrichten, daß er seinem wahren Zwecke wirklich entspricht. Er soll werden ein wirklicher „*verfassungsmäßiger Rechtsstaat*“, ein solcher, in welchem „*die Verfassung das unlösliche Band ist, welches Fürst und Volk zusammenhält*“, und in welchem „*die Regierung ihre Stärke in der Achtung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger sieht*.“

Weiter ist ein verfassungsmäßiger Rechtsstaat nur da vorhanden, wo dem Gezeie Jedermann ohne Unterschied der Person gleich unterthan ist. Daher bedarf es in Preußen des endlichen Erlasses des in Art. 61 der Verfassung verheißenen Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister vor den Gerichten des Landes, und außerdem eines Gesetzes, welches ebenso die Verantwortlichkeit aller Beamten feststellt. Aus demselben Grunde verlangte das Programm der deutschen Fortschrittspartei, daß nicht bloß eine „*abhängige Staatsanwaltschaft*“, sondern daß jeder preussische Staatsbürger das Recht haben müsse, von den Gerichten des Landes die Untersuchung und Bestrafung von Verbrechen und Vergehen zu verlangen, mögen dieselben von einfachen Privatpersonen, oder auch von Beamten begangen sein. Es verlangte, daß „*politische und Preßvergehen*“ ihrer Natur und einer früheren Verfassungsbestimmung gemäß wiederum von Schworenengerichten abgeurtheilt werden. Es verlangte „*wirklich unabhängige*“ und nicht unter einem Disciplinargesetz stehende Richter und überhaupt eine Rechtspflege, die „*für Jedermann gleich zugänglich ist*.“

Doch zu einem Rechtsstaat gehört noch viel mehr, als bloß dies. Es soll nicht bloß jeder zu dem Rechte kommen, das ein Richter ihm zusprechen kann; sondern Jedermann soll auch jedes Recht und damit jede Pflicht frei üben können, die ihm als einem zu vernünftiger Freiheit geschaffenen Menschen zustehen. Er soll seine geistigen und körperlichen Kräfte ungehindert benutzen können, um sich sein Brot zu erwerben und um zu demjenigen Wohlstande gelangen zu können, zu dem er nach seinen persönlichen Verhältnissen und Eigenschaften bei redlicher und verständiger Arbeit gelangen kann. Darum verlangte das Programm, daß der Staat Alles thue, was ihm obliegt, um die wirtschaftlichen Kräfte des Landes von ihren alten Fesseln zu befreien. Ferner sind wir berechtigt, für unsere Jugend die nöthige Gelegenheit zu fordern, um gute und nützliche Kenntnisse

zu erwerben und ihren Verstand in der besten Weise auszubilden. Darum verlangte das Programm eine kräftige Hebung aller Schulen im Lande, besonders aber der Volksschulen. Und weiter verlangte es, was jeder selbstbewußte Mann verlangen muß, die endliche „*Herstellung einer auf den Grundgesetzen der Gleichberechtigung und Selbstverwaltung gestützten Gemeindef-, Kreis- und Provinzial-Ordnung, unter Aufhebung des ständischen Prinzips und der gutsherrlichen Polizei*.“

„*Unter der Befestigung des in unseren Staat und in unsere Zeit gar nicht mehr hineinpassenden ständischen Systems wird aber auch die gegenwärtige Gestalt des Herrenhauses eine vollkommen hinfallige. Auch fordert das Programm ausdrücklich die vollkommene Umgestaltung dieses Herrenhauses, schon darum, weil dasselbe in seiner jetzigen Zusammenfassung ein unübersteigliches Hinderniß für alle von uns angestrebten Verbesserungen in unserem Staats- und Gemeinwesen sein würde.*“

Aber das Programm der Fortschrittspartei hatte nicht bloß unsere inneren Verhältnisse im Auge. Es wachte schon vor länger als fünf Jahren, noch damals die Gegner der Fortschrittspartei auf das Festigste bestritten, und zu dessen Ausführung doch gar Viele von ihnen dem Grafen Bismarck später selbst beküßig gewesen sind. Das Programm wachte nämlich und sagte es, daß Preußen nur dann zu gesteigerter innerer Rechtssicherheit und zu einer stetigen und befriedigenden Entwicklung aller seiner wirtschaftlichen, wie sittlichen und geistigen Aufgaben gelangen kann, wenn es durch entsprechende Machterweiterung seine äußere Stellung in Deutschland und Europa sich sichert. Es müßte, wenn nicht plötzlich, so doch allmählig zu Grunde gehen, wenn es nicht an wirklicher äußerer Macht noch viel, sehr viel gewönne. Dieser äußere Machtgewinn aber, sagte das Programm, ist nur möglich vermitteltst „*einer festen Einigung Deutschlands unter einer starken Centralgewalt in den Händen Preußens und durch eine gemeinsame deutsche Volksvertretung*“. Um diese Stellung gewinnen zu können, verlangte das Programm, daß Preußen sich tüchtig mache zu einer „*nachhaltigen Kriegsführung*“, und zwar durch „*Aufrechterhaltung der Landwehr durch die allgemein einzuführende körperliche Ausbildung der Jugend, durch erhöhte Aushebung der wehrfähigen Mannschaft bei zweijähriger Dienstzeit und durch die größte Sparsamkeit für den Militäretat im Frieden*“. Wenn die „*Preußens und Deutschlands Interesse gleich notwendige Machtstellung unseres Staates*“, durch einen Krieg erlangt werden muß, dann, sagte das Programm, „*wird uns niemand als ein Opfer zu groß sein*.“

Endlich wußten die Männer, welche am 9. Juni 1861 das Programm unserer deutschen Fortschrittspartei abfaßten, sehr wohl:

daß die Machterweiterung des preussischen Staates zwar durch die Waffen gewonnen, aber nur dadurch erhalten werden kann, daß dieser preussische Staat

zu einem Staate der Gerechtigkeit und der Freiheit, daß er zu einem verfassungsmäßigen Rechtsstaat" entwickelt werde.

Wir Alle aber müssen bedenken, daß der Rechtsstaat nur geschaffen werden kann durch ein weises und thatkräftiges Volk. Nur ein solches vermag sich auch eine weise und thatkräftige Regierung zu schaffen.

Politische Wochenschau.

Preußen. Die offiziellen Organe der Regierung thun ihr Möglichstes, um jede Anstoss, als ob in den Regierungskreisen eine Meinungsverschiedenheit darüber herrsche, daß die bis jetzt im Innern befolgte Politik beizubehalten sei, zu vermeiden. Am entschiedensten tritt in dieser Beziehung die letzte Provinzial-Korrespondenz auf, sie sagt: „Der innere Kampf der letzten Jahre bewegte sich in seinem Grund und Wesen vor Allem um die Aufrechterhaltung der Heeresreform, darüber allein ist der Streit um das Budget und um die Verfassung und der beständige Kampf auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, im Landtage und in der Presse, im Vereinswesen, und in den städtischen Korporationen entbrannt. Wer nun jetzt anerkennt, daß die Regierung sich durch die Aufrechterhaltung der Militär-Reorganisation und durch die mit Hilfe derselben erzielten Erfolge der äußeren Politik hohes Verdienst um das Vaterland erworben habe, der erkennt damit auch thatsächlich und selbstverständlich an, daß die Regierung wohl daran gethan habe, alle Mittel, die ihre Verfassung und Gesetz an die Hand gaben, nach gewissenhafter Ueberzeugung zu benutzen, um das grobe und gegenwärtige Werk des Königs, die Heeres-Einrichtungen, welche heute der Stolz Preußens und Gegenstand der Bewunderung in ganz Europa sind, im Kampfe gegen alle Widersprüche und Hindernisse des Parteitreibens durchzuführen, bis eine Zeit besserer Erkenntnis in der Landesvertretung heranbrähe“. Das heißt: wer die äußere Politik der Regierung billigt, der muß auch die innere Politik billigen, wer die Regierung in ihrer äußeren Politik unterstützt, der muß sie auch in ihrer inneren unterstützen.

Wenn die Regierung auf solche Weise auf das Entschiedenste jede Spaltung im Ministerium im Abrede stellt, so hegen wir nicht die geringsten Zweifel über die Richtigkeit dieser offiziellen Mittheilungen. Wir glauben ganz sicher, daß in den Regierungskreisen augenblicklich Niemand die Absicht hat, im Sinne der liberalen Partei zu regieren, aber wir sind überzeugt davon, daß dieser Zustand sich täglich mehr als ein unhaltbarer zeigen wird. Wir halten eine prinzipielle Verschiedenheit der äußeren und inneren Politik auf die Dauer für unmöglich, und wir setzen daher mit fester Erwartung dem Tage entgegen, wo die Regierung einschickt, daß sie, nachdem sie in der äußeren Politik die Bahn eingeschlagen hat, welche zu den Zielen der liberalen Partei führt, auch im Innern den Prinzipien der liberalen Partei vollständig Rechnung tragen muß, wenn sie nicht alle Erfolge der äußeren Politik in Frage stellen will.

Diejen Zeitpunkt möglichst schnell herbeiführen, das ist die Aufgabe des Volkes; es muß auf jedem ihm verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Wege zeigen, daß es eine solche Wendung im Innern ernstlich will, es muß zeigen, daß es nicht gesonnen ist, der baldigen Erreichung der politischen Freiheit zu entsagen, um inwieweit die bürgerliche, wirtschaftliche und persönliche Freiheit auszubauen.

Das Wahlgesetz zum Reichstage des norddeutschen Bundes wird auch in den annerknten Ländern in den nächsten Tagen publizirt werden. In Berlin hat sich ein Central-Komitee für diese Wahlen gebildet.

In Berlin sind bei der Nachwahl im 1. hertiner Wahlbezirk die früheren Abgeordneten Tug und Richter gewählt worden.

Norddeutscher Bund. In Mecklenburg hat Herr Mancke-Duggentappel auf seinen in voriger Wochenschau mitgetheilten Antrag den Beiseid erhalten, daß der engere Ausschuss den Antrag nicht für geeignet halte, dem Landtage vorgelegt zu werden. Nach einem früheren Gutachten des Syndikus der Ritterschaft steht dem engeren Ausschuss ein solches Recht nicht zu, und hat Herr Mancke auch gegen die Zurückweisung seines Antrages protestirt.

In Sachen scheint die längere Abwesenheit des Königs sehr befriedigend auf die Loyalität gewirkt zu haben, wenigstens wollen die Freudenbezeugungen über die Rückkehr des Königs gar kein Ende nehmen.

Süddeutschland. In Stuttgart will eine Anzahl von hochachtbaren Männern zusammentreten, um über die Konstituierung des süddeutschen Bundes zu berathen. Wir glauben, daß ihre Bemühungen vergeblich sein werden, denn die Erkenntnis von der Nothwendigkeit eines direkten Anschlusses an Preußen greift immer mehr um sich.

Oesterreich. Nachdem Oesterreich sich Herrn v. Beust geholt hat, will es auch den früheren sächsischen Kriegsminister, Herrn v. Rabenhofst übernehmen. Derselbe gehört zu den entschiedensten Gegnern Preussens.

Der Finanzminister erklärt die Finanzlage Oesterreichs für befriedigend. — Andere Leute sind anderer Ansicht.

Spanien. Die Stimmung des ganzen Volkes wird immer erregter; die strengsten Maßregeln der Regierung scheinen den Ausbruch einer Revolution nicht mehr aufhalten zu können. Eine Revolution würde die Vereinigung der ganzen Halbinsel unter dem Könige von Portugal zur Folge haben.

Nord-Amerika. Die Wahlen sind zu Gunsten der republikanischen Partei ausgefallen; damit stürzen die letzten Hoffnungen der Sklavenhalter zusammen.

Neueste Nachrichten.

Die französischen Kammern sollen schon im Januar einberufen werden, und soll ihnen zugleich der Reorganisationsplan der französischen Armee vorgelegt werden. — Man wünscht dringend eine sehr schnelle Annahme der Vorlage, da die russischen Kustungen in Paris eine große Besorgnis erwecken.

Im Kirchenstaat sollen alle Waffen konfisziert werden. Dann sind die Bewohner der kleinen Orte ganz wehrlos den Banditen überliefert.

Die Nothwendigkeit der Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer.

Wie von wohlunterrichteter Seite versichert wird, will die Regierung dem Landtage auch ein Gesetz vorlegen, durch welches die Lehrer in den Volksschulen, und zwar in erster Linie die in den Dörfern, besser besoldet werden sollen. Wer aufmerksam die vielen Klagen verfolgt hat, welche in dieser Beziehung laut geworden sind, der weiß, wie dringend nothwendig ein solches Gesetz ist. Wir glauben daher nicht, daß sich irgend eine Stimme gegen eine solche Vorlage der Regierung erheben wird, es müßte denn sein, daß dieselbe die Erwartungen, welche man hegt, nicht erfüllt, daß die Vorschläge zur Verbesserung der Lage unserer Schullehrer nicht durchgreifend genug sind.

Die Lehrer sind diejenigen Personen, welchen das Volk das theuerste anvertraut, was es besitzt, nämlich seine Kinder; und von ihnen hängt es ab, ob die

selben zu tüchtigen Menschen, zu guten Bürgern erziehen werden sollen oder nicht. Ist ein Lehrer so gestellt, daß er seine ganze Kraft seinem Amte widmen kann, so haben wir das volle Recht von ihm zu verlangen, daß er diese Aufgabe erfüllt; aber haben wir auch dieses Recht, wenn seine Stellung eine solche ist, daß er, allerhand Nebenverdienst suchen muß, um sich und seine Familie vor dem Verhungern zu schützen? Wir glauben nicht, denn einerseits werden sich in solchen Fällen nicht wahrhaft befähigte Personen dem Lehrberufe widmen, andererseits können sie nicht mit der nötigen Frömmigkeit und der nötigen Geistesfrische dem Lehrerrande obliegen. Deshalb erscheint es uns als eine dringende Mahnung, die Lehrer so zu stellen, daß sie nicht mit Hunger und Elend zu kämpfen haben.

Vielleicht werden manche, Angesichts der Gefahren welche unserem Vaterlande zu drohen scheinen, die Behauptung aufstellen, daß man in allen Zweigen der Verwaltung sparen müsse, um nur die Vertheiligungskraft des Volkes zu erhöhen, aber wir glauben, daß das Geld, welches für die Verbesserung der Lage unserer Volksschüler ausgegeben wird, auch ausgegeben wird für die Erhöhung der Wehrfähigkeit unseres Volkes.

Jetzt, wo die eingetretene Ruhe uns erlaubt, die Resultate des glorreichen Krieges dieses Sommers mit kritischem Blicke zu untersuchen, und die Ursachen des Erfolges unserer Waffen zu untersuchen, geht tritt es klar zu Tage, daß nicht das Bündnißmalgehorcht war, welches den Sieg entschieden hat, sondern die Intelligenz, welche in unserem

Heere größer ist, als in irgend einem Heere der Welt. Diese Intelligenz ist nicht allein eine Folge des Institutes der einjährigen Freiwilligen, durch welche in der preussischen Armee die höchste Stufe der Bildung bis in die Reihen der gemeinen Soldaten getragen wird, sondern sie ist ganz wesentlich eine Folge unseres Volksschulwesens, welches besser ist als in irgend einem europäischen Lande. Diesen Vorrang unseres Volksschulwesens müssen wir uns aber erhalten, und damit er anhaltend bleibe, müssen wir das Gehalt der Lehrer erhöhen, denn die jetzigen Verhältnisse geben einem Menschen, der die Fähigkeiten besitzt, die man von einem Volksschullehrer verlangen muß, die Möglichkeit, sich auf andere Weise ein reichliches Einkommen zu verschaffen.

Wie sehr man auswärts die Bedeutung der Volksbildung für die Wehrfähigkeit des Volkes erkannt hat, das geht aus den Maßregeln hervor, die man in Frankreich getroffen hat. Dort müssen jetzt alle Soldaten, welche einem mangelhaften Schulunterricht genossen haben, nachträglich Lesen und Schreiben lernen, und diejenigen, welche Unteroffizier werden wollen, müssen sich noch größere Kenntnisse aneignen. Allerdings können solche Maßregeln immer nur unvollkommen die Nachteile einer verärmten Jugend-Erziehung verbessern, aber sie sollen uns doch eine Mahnung sein, damit wir nichts veräumen, um bei uns die Bildung des Volkes nicht nur auf der Stufe zu erhalten, auf der sie sich befindet, sondern sie wo möglich noch zu erhöhen. Das möge man bei der Beratung der Vorlage über die Erhöhung des Gehaltes der Volksschullehrer wohl im Auge behalten.

A n z e i g e n .

20,000 Gulden baares Silbergeld,

kann Jedermann gewinnen, der sich bei der großen Frankfurter Geldverlosung betheiligt, sowie weitere Haupttreffer von Gulden 100,000, 40,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 3,000 u.

Diese von der hohen hiesigen Regierung genehmigte und der Stadt garantierte

Neueste große Prämien-Verlosung bietet den Theilnehmern in jeder Beziehung die größten Vortheile.

Alle Nummern ohne Ausnahme werden gezogen. Das ganze Einlagekapital wird binnen 5 Monaten mittelst Gewinnschätzungen zurückbezahlt und müssen planmäßig bis dahin (annähernde 12,500 Gewinne, 11 Prämien und 18,400 Freilosse von den Interessenten erlangt werden.

Ganze Originallosse kosten fl. 6. — oder Rthlr. 3. 13. Halbe „ „ 3. — „ 1. 22. Viertel „ „ 1½ „ 26.

(Diese Originallosse sind mit dem Stempel versehen.)

Zu den schon am 12. und 13. December a. c. beginnenden Ziehungen werden Beisetzungen unter Beifügung des Betrages oder gegen Vollnachsicht sofort pünktlich ausgeführt und die erforderlichen Pläne gratis beigelegt. Nach stattgehabter Ziehung erhält jeder Theilnehmer die amtliche Liste und Gewinne bar überhändigt.

Gelegte Auskünfte in Betreff dieser großen und interessanten Verlosungen wird gerne erteilt und eine stets reelle gute Bedienung zugesichert. Man beliebe sich daher vertrauensvoll baldigst direct zu wenden an

L. Steindecker-Schlesinger,
Bank- und Wechsel-Geschäft
in Frankfurt am Main.

Zu verkaufen:

L. Gmelin's Handbuch der Chemie (neueste Auflage). Band 1-6 und 8 in Halbfranzband; Band 7 (53-57. Lieferung).

Berzelius, Chemie, 5. Band. Neueste Auflage. Halbfranz. Negaul, Chemie, deutsch von Voedeker. 4 Bände. Halbfranz.

Wölgel, organische Chemie. 2 Bände.

Liebig, Chemie organique. 1 Band gr. Quart. Halbfr.

Cahours, Leçons de chimie. 4 Bände. Halbfranz.

Eisenlohr, Physik. 7. Auflage. Halbfranz.

Dove und August, Wörterbuch der Physik und Chemie. 3 Bände. Halbfranz.

Sammtliche Bücher sind sehr gut erhalten; Gebote auf dieselben werden frankirt unter der Adresse: Dr. L. in der Expedition dieses Blattes erbeten.

Dr. Romershausen's Augen-Essenz zur Erhaltung, Stärkung und Herstellung der Sehkraft.

Durch Einführung der Post-Anweisungen im Preussischen Staat ist von vielen Seiten der Wunsch geäußert, obige nun schon seit 3 Decennien rühmlichst bekannte Essenz durch jene Anweisungen ohne Brief beziehen zu können. — Ich gehe gern hierauf ein, nur bitte unter meiner Adresse die Buchstaben A. C. bemerken zu wollen.

Aken a. d. Elbe,
1. Novbr. 1866.

Dr. F. G. Geis,
Apothekenbesitzer.